



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/73

27. März 1950

"Verräter Hildebrand" schult die "Bruderschaft".

Man schreibt uns:

"Lieber im rauschenden Strom deutschen Geschehens ertrinken, als im Sumpf der Emigration ersticken". Mit diesen Worten verschleierte ein Mann den Verrat von hunderten seiner früheren Kameraden an die Gestapo, der heute als eigentlicher geistiger Führer des "Bruderrats" - höchste Instanz der "Bruderschaften" - wieder eine Rolle in der deutschen Geschichte spielen möchte.

Alfred Franke-Grieksch, den der britische Schriftsteller Douglas Reed in seinem Buch "Nemesis" nur nach seinem illegalen Namen den "Verräter Hildebrand" nennt, war bis Mitte 1934 einer der engsten Vertrauten Otto Strassers, sein Pressechef und in der Emigration Chefredakteur seiner Zeitung in Prag. In dieser Eigenschaft unterhielt er, wie Reed feststellt, nicht nur Beziehungen zu vielen Gruppen der Emigration, sondern er war auch über die illegale Organisation der Strasserleute in Deutschland und ihre Querverbindungen in andere politische Lager ausgezeichnet informiert. Aber diesem aus der Jugendbewegung kommenden, damals 28jährigen fehlte die nötige innere Härte. Als er in Wien einige Wochen in Polizeihaft war, unternahm er einen Selbstmordversuch, ohne dass ihm das mindeste geschehen war. Ein halbes Jahr später erlag er dann in Prag, als sich die politischen Aussichten der Opposition verschlechterten und die finanzielle Not begann, den Einflüsterungen eines an Strasser "herangespielten" Gestapogenten namens Frank und den Verlockungen einer Nichte Gregor Strassers, einer alten Liebe von ihm,

die für die Gestapo tätig war- nach der Ermordung ihres Onkels am 30. Juni 1934.

Über die Schweiz, wo er dieses Mädchen traf, kehrte "Verräter Hildebrand", wie Rees mitteilt, dann nach Deutschland zurück, wo er sich der Gestapo stellte. Kurz darauf begannen die Verhaftungen in Deutschland. Gleichzeitig wurden mit Schweizer Absender vervielfältigte Rundschreiben an alle Strasseranhänger und viele Flüchtlinge im Ausland geschickt, in denen Franke-Grieksch zur Rückkehr nach Deutschland und zur Unterwerfung unter den Nationalsozialismus aufforderte. Die Chronisten sind sich nicht ganz einig über die verschiedenen Stadien, in denen Franke-Grieksch dann in Deutschland Karriere machte. Beim Zusammenbruch wurde er jedenfalls als Abteilungsleiter im Reichssicherheitshauptamt und Angehöriger des Stabes von Himmler interniert. Inzwischen hatte er es zum SS-Standartenführer gebracht, einen Rang, den er heute zugunsten des harmloser klingenden Oberst a.D.-bei seiner polizeilichen Anmeldung auf Schloss Holte bei Bielefeld-schamvoll verschweigt. Eine Entnazifizierung durch deutsche Stellen ist, soweit festgestellt werden konnte, nicht erfolgt. Es ist auch nichts darüber bekannt, ob ein Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen ihn ein-  
 nur  
 geleitet worden ist. Denn Franke-Grieksch steht nicht unter dem Verdacht, viele Angehörige der Widerstandsbewegung an die Gestapo denunziert zu haben, man vermutete seinerzeit auch, daß er bei der Ermordung von Rudolf Formis in einem Hotel im Moldautal auf tschechoslovakischem Boden seine Hand im Spiele hatte.

Heute beginnt dieser "konservative Revolutionär" und Vertreter der "Ordensidee" wieder das gleiche Spiel, das er vor 1933 schon einmal gespielt hat, als er sich mit allen Kräften bemühte, die Republik und die Demokratie zu unterminieren und Anhänger für seinen "nationalen Befreiungskrieg" zu gewinnen, den uns dann Hitler servierte. Vielleicht ging er deshalb zu ihm über, nachdem er ihn einige Jahre lang bekämpft hatte. Heute betreibt der mit ihm verbündete ehemalige General Manteuffel die Remilitarisierungspropaganda bereits wieder offen. Eigenartig ist an der Sache nur, dass Otto Strasser, der jahrelang geschworen hat, den "Verräter Hildebrand" zu köpfen, bisher nichts zu seinem Auftauchen in der deutschen Politik zu sagen hatte. Sollten sich da neue "Querverbindungen" ankündigen?

### Bereiten französische Kommunisten die Illegalität vor?

-----

A.F. Paris, 26. März

Nach Ansicht führender französischer Sozialisten verfolgen die Kommunisten mit ihren verschiedenen Streikbewegungen in Frankreich nicht zuletzt das Ziel, ihre Partei für die von ihnen erwartete Periode der Illegalität vorzubereiten. Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass die Kommunisten an der materiellen Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft ebensowenig interessiert sind, wie an einer wirklichen Stärkung der Gewerkschaftsbewegung. Sie handeln ausschließlich im Auftrage der sowjetischen Machtpolitik. Ihre jüngste Aktion dürfte sich jedoch nicht allein durch den ständigen Wunsch, den Westen wo nur immer möglich zu schwächen, erklären lassen. Dazu wurden zu viele Streiks unter zu ungünstigen und widersinnigen Bedingungen ausgelöst. Man vermutet daher in gut unterrichteten Kreisen, die französische KP hätte in Erwartung kriegerischer Auseinandersetzungen und der sich daraus unweigerlich ergebenden Illegalität eine Art von Bestandsaufnahme in den wichtigsten nationalen Schlüsselstellungen vorgesehen. Ihr Ziel wäre demnach, gerade durch solche, den Massen unverständliche Streiks festzustellen, auf wen sie unbedingt zählen könne. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte diese erste Zwischenbilanz die Kommunisten nicht allzu befriedigt haben, denn ihre blinden Anhänger sind selbst in Betrieben mit überwiegend kommunistisch eingestellten Arbeitern nicht gerade zahlreich.

### Italienische Bemühungen um den Islam

-----

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in Rom

Während sich die innerpolitische Lage in Italien unaufhörlich zuspitzt, bemüht sich Rom um weitere aussenpolitische Rückendeckungen. Bemerkenswert ist dabei, dass solche Bestrebungen zugleich oder parallel von den politischen und kirchlichen Zentren Roms getragen werden und in Bemühungen um den Islam gipfeln.

Massgebliche Stellen des Vatikans unterhalten schon seit eini-

ger Zeit Gespräche mit einflussreichen politischen Persönlichkeiten der islamischen Welt. Die Dinge sind so weit gediehen, dass

der aus dem Unabhängigkeitskampf des heutigen Pakistan bekannte Mohammed Iqbal Shedai als Generalsekretär einer all-islamischen

Bewegung sich von Rom aus demnächst auf eine Reise durch die arabischen Länder begeben wird. Sie dient ohne Zweifel dem gemeinsamen

antikommunistischen Kampf. Hierher gehört auch ein italienischer Journalist vom Generalsekretär der arabischen Liga. Am Pascha

in Kairo gewährtes Interview. Azam Pascha sprach sehr offen von einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der arabischen und katho-

lischen Mittelmeerwelt, auch hier wurden die Akzente auf die konfessionell-politischen Grundlagen gelegt. Schließlich wird in Rom

der Besuch des ägyptischen Politikers Nehas Pascha erwartet. Die Bemerkung Azam Paschas, dass die arabische Welt die früheren kolo-

onial-imperialistischen Bestrebungen Roms für abgeschlossen halte, wurden in Rom als ermutigendes Zeichen traditionell guter Bezie-

hungen gewertet.

"Es wird der Tag kommen, wo Italien nicht mehr fordern muss, seine Söhne in afrikanische Länder schicken zu wollen, sondern die

arabischen Völker italienische Arbeiter und Techniker rufen", versicherte Azam Pascha und gab zu verstehen, dass Ägypten die re-

striktiven Bestimmungen der Gesetzgebung von 1947 für ausländische Unternehmen (Beschäftigung von 10% ausländischer Arbeitskräfte und

25% ausländischen Kapitals) am wenigsten auf Italien anzuwenden gedenke. Im Zuge solcher wirtschaftspolitischen Dinge liegt es, wenn

sich in Rom Bestrebungen verstärken, in Kairo ausserhalb des diplomatischen Rahmens eine Wirtschaftsvertretung mit Ausstrahlungsmög-

lichkeiten in den ganzen Mittleren und Nahen Osten zu schaffen.

Als ausserlich sichtbarer Meilenstein des Erfolges italienischer Bemühungen hat die Unterzeichnung des italienisch-türkischen Freund-

schaftsvertrages in Rom durch Sforza und Sadak zu gelten. Trotz aller offizieller Dementis, dass diese Erneuerung des abgelaufenen

Paktes vom 30. Mai 1928, nicht als erster Schritt zur Schaffung

eines antikommunistischen Mittelmeerblocks gewertet werden dürfte, ist nicht zu übersehen, dass es sich nur um ein Vorspiel zu umfassenderen Plänen handelt. Im Zusammenhang mit griechischen Freundschaftsverträgen mit der Türkei, Italien und dem Libanon gesehen, ergeben

sich weitere Grundlagen für die Einbeziehung der arabischen Welt in das antikommunistische Verteidigungssystem. Kampf gegen den politischen Kommunismus und Atheismus sind fundamentale Faktoren islamischer Gedankenführung.

-----  
Aspekte der Sicherheit  
-----

sp. Als zweite Diskussionsgrundlage für die Witterer "International Socialist Conference" gab der SED-Parteivorstand die Denkschrift "Sicherheit und Ruhrkontrolle" heraus, aus der wir nachstehend einige besonders bemerkenswerte Stellen wiedergeben:

"Nach der radikalen militärischen Niederlage des Naziregimes und nach fünf Jahren Besetzung kann niemand mehr ernsthaft behaupten, daß die Sicherheit der westlichen Welt von dem völlig demilitarisierten Deutschland bedroht ist. Vielmehr ist die Sicherheit durch ein von Wladiwostok bis Weimar herrschendes totalitäres Regime, dessen Entstehung als eine solche militärische Macht von den westlichen Siegermächten weitgehend mitverschuldet wurde, bedroht. Hätten die Westmächte während des Krieges mit der deutschen Widerstandsbewegung zusammengearbeitet und wären sie auf westlich gerichtete Kapitulationsangebote in auch nur bescheidenem Maße eingegangen, so würde heute die Grenze zwischen der westlichen und östlichen Welt an der Weichsel und am Narew liegen."

"Während die Westmächte nach 1945 nichts Ernsthaftes zur Verhinderung der Bolschewisierung der den Sowjets überantworteten Gebieten Mittel- und Osteuropas getan haben, ist es Dr. Kurt Schumacher und der SED zu danken, daß den Sowjets der Weg bis zur Atlantikküste versperrt blieb. Als die SED die Fusion mit der KP ablehnte, waren die Kommunisten in westeuropäischen Ländern maßgeblich an den Regierungen beteiligt."

die  
"Heute hat sich deutsche Arbeiterbewegung", so heißt es in der Denkschrift weiter, "freiwillig für den Verzicht auf jede Bewaffnung entschieden. Sie traut sich zu, jeder deutschen Regierung die Einhaltung dieser Linie - falls nötig - aufzuzwingen. Die Konzeption einer Wiederbewaffnung Deutschlands ist realpolitisch nicht möglich, da Russland diese deutsche Militärmacht nicht als Defensivmacht ansehen und ihre Existenz als Grund für einen Präventivkrieg gegen Deutschland benutzen würde. Da das oberste Interesse aller Westeuro-

hier in der Verhinderung eines amerikanisch-russischen Krieges liegt, ist der Verzicht auf die deutsche Wiederbewaffnung der entscheidende Beitrag für die Sicherheit des Westens.

Die grosse Hoffnung, dass dieser Krieg vermieden werden kann, beruht auf der turphohen Überlegenheit der USA im industriellen Rüstungspotential, sowie auf der amerikanischen Beherrschung der Meere und der Luft. Diese Überlegenheit ist die erste Voraussetzung für den Frieden.

Es ist für das deutsche Volk schwer, neben einem übermächtigen, aggressorischen Nachbarn zu leben, zumal es Besatzungstruppen im Lande hat, deren militärische Bedeutungslosigkeit im Ernstfall auf der Hand liegt. Dieser Nervenprobe wird sich das deutsche Volk gewachsen zeigen müssen, man darf jedoch nicht verlangen, dass es ausserdem noch alles das erträgt, was unter dem Titel "Sicherheit" in Deutschland angerichtet wird. Die alliierte Deutschlandpolitik muß durch eine radikale Trennung des Sicherheitskomplexes vom Komplex Industriepotential wieder in Ordnung gebracht werden.

Das deutsche Volk akzeptiert die Grundgedanken des Gesetzes 75 in dem Sinne, daß den Schwerindustriellen der Ruhr das Eigentum an den Produktionsanlagen der Kohle und des Stahls dauernd entzogen bleibt und in Gemeineigentum überführt wird. Es fordert jedoch die Beseitigung aller Restriktionen der Friedensindustrie.

Deutschland wird sich jeder Sicherheitskontrolle, sofern sie sich auf die Remilitarisierung bezieht, unterziehen. Es wird sich nicht von den Russen gegen die Amerikaner und nicht von den Amerikanern gegen die Russen bewaffnen lassen. Das deutsche Volk hat jedoch nichts dagegen, wenn sich die Russen und die Amerikaner gegenseitig kontrollieren, daß Deutschland unbewaffnet bleibt. "

-----  
 "Politisches Forum" im NWDR  
 -----

Beim NWDR finden sich einmal im Monat Vertreter der verschiedenen Parteien zusammen, um über allgemeininteressierende politische Fragen zu diskutieren. Den Hörern dieser Sendungen ergibt sich aus Rede und Gogenrede ein anschauliches Bild vom politischen Willen der Parteien. Wer Gelegenheit hat, diese Sendungen zu hören, sollte es nicht versäumen, sie einzuschalten.

Folgende Themen werden in nächster Zeit diskutiert:

29.3.	22.15 - 23.00Uhr	"Welche Rechte u. Pflichten haben Minderheiten?"
26.4.	" "	"Politischer Radikalismus - gut oder böse?"
31.5.	" "	"Hörer fragen - Parteien antworten"
28.6.	" "	"Ist die deutsche Jugend unpolitisch?"
28.7.	" "	"Wer bezahlt den letzten Krieg?"
30.8.	" "	"Wo bleibt die Frau im öffentlichen Leben?"

### Südbadisches Siedlungsgelände für Vertriebene

sp. Zwischen Südbaden und dem zu Württemberg-Baden gehörenden nördlichen Landesteil finden in diesen Tagen Besprechungen zur Gründung einer "Badischen Siedlungsgesellschaft" für Vertriebene statt. Wie aus dem Badischen Landwirtschaftsministerium bekannt wird, soll die Gesellschaft ein Unternehmen sein, das den aus dem Osten vertriebenen Landwirten die Übernahme einer Siedlung durch Darlehensgewährung ermöglichen soll. Man habe - so wird betont - schon einer ansehnlichen Zahl von vertriebenen Familien Siedlungen vermitteln können und sei imstande, auf diese Weise zunächst noch einigen hundert Flüchtlingsfamilien zu Höfen zu verhelfen. Nicht weniger wichtig sei es, dass auch vielen anderen Vertriebenen die Möglichkeit zur Landerbeit gegeben werde. Diese südbadische Initiative ist umso bemerkenswerter, als die Regierung des Staatspräsidenten Wohleb sich früher in der Flüchtlingsfrage recht spröde zeigte und u.a. erhebliche finanzielle Ansprüche für die Aufnahme der Vertriebenen an den Bund stellte.

Südbaden trifft gleichzeitig die ersten Maßnahmen der seit langen geplanten Agrarreform, nachdem nun die für diesen Zweck vorgesehenen ERP-Gelder zugeteilt worden sind. Das Bad. Landwirtschaftsministerium will diese Mittel dazu benutzen, die der Reform verfallenden, verpachteten und verstreut liegenden Ländereien zu kaufen und sie den bisherigen Pächtern oder den Gründern von neuen landwirtschaftlichen Betrieben zu übereignen. Die künftigen Eigentümer brauchen meist nur einen kleinen Anteil an dem zu erwerbenden früheren Pachtland anzuzahlen. Für den grösseren Rest sollen sie einen Kredit zu so günstigen Bedingungen erhalten, dass Zinsen und Amortisation nicht höher sind als der frühere Pachtbetrag und der bisherige Pächter auf diese Weise schon in etwa 10 Jahren Besitzer des von ihm bebauten Landes werden kann.

### Bezirksparteitag in Hessen - Kassel

sp. Am 25. und 26. März fand in Kassel der Bezirksparteitag des SED-Bezirksverbandes Hessen-Kassel statt. Vor rund 200 Delegierten sprach Bundestagsabgeordneter Dr. Arndt über die Politik im Bundestag.

Er kritisierte die bemerkenswerte Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber der Frage des Lastenausgleichs, die zu der Vorgewandung öffentlicher Gelder für den Regierungssitz Bonn in scharfem Kontrast stehe.

Christian Wittrock, seit Jahrzehnten Vorsitzender des Bezirksverbandes, wurde nunmehr zum Ehrenvorsitzenden, August Zinn, der frühere hessische Justizminister, heute Bundestagsabgeordneter, zum erst Vorsitzenden, Josef Köcher, sudetendeutscher Flüchtling, zum zweiten Vorsitzenden des Bezirks gewählt.

Verantwortlich: Peter Raunau